

■ BARMER: *Pflegereport 2018*

Die BARMER hat im November den *Pflegereport 2018* veröffentlicht. Der aktuelle Pflegereport verdeutlicht, dass sich der drohende Pflegenotstand in Deutschland durch die zurückgehende Pflegebereitschaft von Angehörigen weiter verschärfen wird. Laut Report stehen 185.000 von rund 2,5 Millionen Personen, die Angehörige zu Hause pflegen, kurz davor, diesen Dienst einzustellen. 6,6 % wollen nur mit mehr Hilfe weiter pflegen, knapp ein Prozent will dies auf keinen Fall länger tun.

Die rund 2,5 Millionen pflegende Angehörige sind überwiegend Frauen (1,65 Mio.). Nur ein Drittel aller Betroffenen geht arbeiten, jeder Vierte hat seine Arbeit aufgrund der Pflege reduziert oder ganz aufgeben müssen. Wie aus dem Report weiter hervorgeht, nehmen knapp 440.000 pflegende Angehörige Kurzzeitpflege und knapp 380.000 Personen die Tagespflege sowie Betreuungs- und Haushaltshilfen nicht in Anspruch. Pflegende Angehörige sind vergleichsweise häufig krank. 54,9 % von ihnen leiden unter Rückenbeschwerden und 48,7 % unter psychischen Störungen. Bei Personen, die niemanden pflegen, trifft dies nur auf 51,3 % beziehungsweise 42,5 % zu.

MEHR INFOS:
www.barmer.de

■ DAK-Gesundheit: *Pflegereport 2018*

Ebenfalls im November hat die DAK-Gesundheit ihren *Pflegereport 2018* veröffentlicht. Danach bewertet die überwiegende Mehrheit der Deutschen die Pflegekosten als eine Belastung für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Laut Report sagen neun von zehn Befragten, dass Pflegeheime teuer sind. Sieben von zehn sind der Meinung, dass sich viele Familien Pflegedienste und Heime für ihre Angehörigen nicht leisten können. Fast zwei Drittel denken, dass viele Pflegeheim-Bewohner wegen der hohen Kosten zum Sozialfall werden. Die DAK-Gesundheit fordert deshalb eine Deckelung der Eigenanteile für Pflegeleistungen. Zur Finanzierung der Mehrbelastung der Pflegeversicherung schlägt die DAK-Gesundheit einen Bundeszuschuss aus Steuermitteln vor.

Ein weiteres Ergebnis des DAK-Pflegereports: Die Qualität pflegerischer Versorgung ist regional unterschiedlich. Vielerorts werden Pflegebedürftige überdurchschnittlich oft im Krankenhaus behandelt – ein Hinweis darauf, dass die Versorgung nicht optimal ist. So kommen in Thüringen auf 100 Pflegebedürftige fast 150 Krankenhausfälle. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 146, in Sachsen-Anhalt 142 und in Brandenburg 143 Fälle. Unterdurchschnittliche Werte gibt es hingegen in Baden-Württemberg, hier kommen auf 100 Pflegebedürftige 115 Krankenhausbehandlungen. Ebenfalls unter dem Schnitt liegt Niedersachsen mit 119.

Im Report spiegelt sich auch das unterschiedliche Angebot an Pflegeheimen wider. Vor allem in den östlichen Bundesländern, aber auch im Saarland, in Hessen und in Rheinland-Pfalz, liegt der Schwerpunkt auf der Pflege durch Angehörige. Vollstationäre Pflege ist hier unterdurchschnittlich verbreitet. In den nord- und süddeutschen Ländern Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg werden überdurchschnittlich viele Pflegebedürftige vollstationär versorgt und weniger durch Angehörige zu Hause.

MEHR INFOS:
www.dak.de

■ Böckler-Stiftung: *Pflegestellen in Krankenhäusern*

Die Hans-Böckler-Stiftung hat im November eine Studie zur Situation der Pflege in Krankenhäusern veröffentlicht. Der Studie von Prof. Dr. Michael Simon, Pflegeexperte von der Hochschule Hannover Forscher, zufolge fehlen in Krankenhäusern rund 100.000 Pflege-Stellen. Der Autor ist der Ansicht, dass die aktuellen Gesetzesvorschläge zu kurz greifen.

So setze die geplante „Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung“ (PpUGV) „die Linie der vorherigen Regierungen fort und verweigert Vorgaben, die eine bedarfsgerechte Personalbesetzung zum Ziel haben“, kritisiert Simon. Der vorliegende BMG-Entwurf für ein „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“ (PpSG) enthält nach Analyse des Forschers zwar einige positive Ansätze. Allerdings gehe er an einem entscheidenden Punkt in die falsche Richtung: Er nutze nicht die vorhandenen Möglichkeiten, den Personalbedarf realitätsnah auf Basis der in den Krankenhäusern behandelten Patienten zu er-

heben. Statt dessen beziehe er sich auf pauschale Kostengrößen, die unabhängig vom realen Pflege- und Personalbedarf kalkuliert werden.

In seinen Alternativmodellen schlägt Simon vor, die Pflege-Personalregelung (PPR) zu reaktivieren und zum Maßstab für die notwendige Personalausstattung zu machen. Dazu müsste das erprobte Instrument weiterentwickelt und an die aktuelle Situation angepasst werden. Dafür veranschlagt der Forscher mindestens zwei Jahre.

MEHR INFOS:
www.boeckler.de

■ WIdO: *Arzneiverordnungs-Report 2018*

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat im September die neueste Ausgabe des *Arzneiverordnungs-Reports* vorgestellt. Danach lagen die Arzneimittelausgaben der GKV inklusive der Zuzahlung der Versicherten 2017 bei 39,9 Milliarden Euro. Dies entspricht einem deutlichen Plus von 1,4 Milliarden Euro beziehungsweise 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hauptursache dieses Anstiegs sind nach Auffassung der Herausgeber dieses Standardwerkes die patentgeschützten Arzneimittel, auf die im vergangenen Jahr 18,5 Milliarden Euro des GKV-Arzneimittelmarktes entfielen. Deutlich werde auch die Verschiebung der Arzneimittelausgaben hin zu Hochpreistherapien für häufig kleinere Patientengruppen. So seien bspw. für die Behandlung von Krebserkrankungen, Viruserkrankungen und von schwerwiegenden Erkrankungen des körpereigenen Abwehrsystems 34 % aller Arzneimittelausgaben verwendet worden – bei nur einem Prozent aller verordneten Tagesdosen, so die Autoren des Reports.

Mit Blick auf die hohen Preise stellen auch Biologika zunehmend ein Problem dar. Sie werden für die Therapie von Krebs und chronisch entzündlichen Erkrankungen eingesetzt. Laut Arzneiverordnungs-Report 2018 lag ihr Umsatz 2017 bei 11,3 Milliarden Euro und hat sich somit seit 2007 verdreifacht.

Der Hochpreistrend zeige sich laut des jüngsten Arzneiverordnungs-Reports auch bei den sogenannten Orphan-Arzneimitteln gegen seltene Erkrankungen. 2017 erzielten alle Arzneimittel, die jemals als Orphan-Arzneimittel zugelassen wurden, einen Umsatz von 3,3 Milliarden Euro.

Das entspricht einem Anteil von rund acht Prozent des GKV-Gesamtumsatzes. In den letzten zehn Jahren hat sich dieser Umsatzanteil verdreifacht. Unter den zehn teuersten Markteinführungen des Jahres 2017 befanden sich sieben Orphan-Arzneimittel, alle mit Jahrestherapiekosten über 100.000 Euro. Das teuerste Orphan-Arzneimittel kommt sogar auf rund 750.000 Euro. Der Report kritisiert diese Entwicklung, weil die mit dem Orphan-Status verbundenen Absichten von der Pharmaindustrie ausgenutzt werden würde. So werde der Status nicht nur für tatsächlich seltene Erkrankungen (fünf Betroffene je 10.000 Personen) verwendet, sondern auch für solche, die durch das Teilen von Anwendungsgebieten in mehrere, kleinere Subgruppen entstehen.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ WIdO: Fehlzeiten-Report 2018

Das *Wissenschaftliche Institut der AOK* (WIdO) hat ebenfalls im September den *Fehlzeiten-Report 2018* mit dem Schwerpunkt „Sinn erleben – Arbeit und Gesundheit“ veröffentlicht. Laut der repräsentativen Umfrage des WIdO, für die 2.030 Personen zwischen 16 und 65 Jahren befragt wurden, ist für 98,4 % der Befragten im Job am wichtigsten, sich am Arbeitsplatz wohlfühlen. Eine gute Zusammenarbeit mit den Kollegen (97,9 %), ein gutes Betriebsklima (96,8 %), die Loyalität des Unternehmens gegenüber den Mitarbeitern (96,8 %) sowie ein gutes Verhältnis zum Vorgesetzten (92,4 %) empfinden sie als bedeutsam.

Empfinden Beschäftigte ihre Arbeit als sinnstiftend, werden alle Beschwerden seltener. Ist das nicht der Fall, berichten 54,1 % über Rücken- und Gelenkschmerzen und 56,5 % über Erschöpfung. Unterschiede gibt es laut der WIdO-Befragung auch bei der Anwesenheit am Arbeitsplatz trotz Krankheit, dem sogenannten Präsentismus: Mehr als jeder fünfte Befragte war entgegen dem Rat des Arztes im letzten Jahr krank zur Arbeit gegangen. Wer seine Arbeit sinnstiftend findet, ist jedoch seltener betroffen (18,5 %) als Beschäftigte, bei denen das nicht der Fall ist (24,8 %).

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ WIdO-Monitor: Gesundheit von Geflüchteten

Das *Wissenschaftliche Institut der AOK* (WIdO) hat im Oktober im Rahmen des *WIdO-Monitors* die Ergebnisse einer Befragung von 2.021 Schutzsuchenden aus Syrien, Irak und Afghanistan zu deren gesundheitlichen Situation veröffentlicht. Das Ergebnis zeige, dass rund drei Viertel der Schutzsuchenden unterschiedliche Formen von Gewalt erfahren haben und oft mehrfach traumatisiert sind. Im Vergleich zu Geflüchteten, denen diese Erlebnisse erspart blieben, berichten sie mehr als doppelt so oft über physische und psychische Beschwerden. Mehr als zwei Fünftel aller Befragten zeigen Anzeichen einer depressiven Erkrankung.

Beim Gesundheitsverhalten zeige sich im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ein geringer Alkoholkonsum, jedoch wird häufiger geraucht und weniger Sport betrieben. Mehr als zwei Drittel der Befragten haben in den letzten sechs Monaten einen Arzt aufgesucht. Die häufigsten Gründe waren allgemeine Gesundheitsuntersuchungen, gefolgt von akuten leichten Erkrankungen.

Mehr als jeder zweite Patient äußert sich zufrieden mit der medizinischen Behandlung. Bürokratische Hindernisse, wie ein Behandlungsschein, beeinflussen die Zufriedenheit wie auch die Genesung: So berichten Geflüchtete mit Gesundheitskarte häufiger von einer Besserung ihres Gesundheitszustands nach medizinischer Behandlung als Patienten mit Behandlungsschein.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ TK: Innovationsreport 2018

Die TK hat im Oktober den von ihr herausgegebenen *Innovationsreport 2018* veröffentlicht. Ein Sonderkapitel ist der Alzheimer-Demenz gewidmet. Die Therapie der Alzheimer-Demenz sei nur ein Beispiel für eine Erkrankung, aus der sich die Industrie fast vollständig zurückgezogen habe, so die TK. Seit Jahren gebe es keine neuen Zulassungen auf diesem Gebiet und die meisten Pharmaunternehmen hätten ihre Forschung dazu vollständig eingestellt. Dabei ist die Alzheimer-Demenz nicht nur eine Herausforderung für jeden Betroffenen und seine Angehörigen, sondern auch für die

gesamte Gesellschaft - gerade angesichts des demografischen Wandels.

Die derzeit verfügbaren Medikamente gegen Alzheimer-Demenz verlangsamen nur das Fortschreiten der Erkrankung, könnten sie also weder aufhalten noch heilen. Eine Auswertung von Routinedaten der TK zeige, dass die Menschen in Deutschland mit Alzheimer-Demenz vorrangig mit Beruhigungsmitteln wie Neuroleptika und Benzodiazepinen behandelt werden. Somit findet eine flächendeckende Fehlversorgung statt, so die TK. Auch wenn die derzeit verfügbaren Medikamente gegen Alzheimer-Demenz das Fortschreiten der Erkrankung nur verlangsamen würden, sollten die Betroffenen damit versorgt werden.

MEHR INFOS:

www.tk.de

■ SVR-Wirtschaft: Jahresgutachten 2018/19

Der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (SVR-Wirtschaft) überreichte im November sein *Jahresgutachten 2018/19* an die Bundesregierung. Im achten Kapitel: „Über Wettbewerb mehr Effizienz im Gesundheitswesen“ fordern die Fünf Weisen u.a. die Strukturbereinigung im Krankenhausbereich voranzutreiben und die Krankenhausfinanzierung von einem dualen auf ein monistisches System umzustellen. Zudem sollte die weitgehende Trennung von ambulantem und stationärem Sektor abgebaut und damit die sektorenübergreifende Versorgung verbessert werden.

Die fünf Wirtschaftswissenschaftler sehen Indizien für Überkapazitäten im deutschen Gesundheitssystem. Dies zeige sich im internationalen Vergleich beispielsweise an einer hohen Anzahl an Krankenhausbetten je Einwohner und einer vergleichsweise langen Krankenhausaufenthaltsdauer. Um dieser Überversorgung zu begegnen, sollten stärker wettbewerbsfördernde Elemente zum Einsatz kommen, so der SVR-Wirtschaft.

MEHR INFOS:

www.sachverständigenrat-wirtschaft.de

TRENDS & FACTS wurden zusammengestellt und bearbeitet von Erwin Dehlinger